

Von aller Welt verlassen: Christen in Nahost

Déjà-vu. Viele Christen in Syrien leben in großer Armut. Die Sanktionen gegen das Regime in Damaskus behindern die Hilfe für die gefährdeten Minderheiten. Kommt das Ende des Christentums an den Orten seiner Entstehung?

Zwei Meldungen in der Katholischen Nachrichtenagentur Kathpress vom selben Tag: In der ersten wird berichtet, dass „die Menschen in der syrischen Stadt Aleppo jeden Tag ums Überleben kämpfen. Es gibt zwar schon lang keine Kampfhandlungen mehr, aber die wirtschaftliche Not ist unvorstellbar; noch viel schlimmer als zu den heftigsten Kriegszeiten. Mit dieser Botschaft ist der Salesianer P. Dani Gaurie aus Aleppo nach Wien gekommen: Immer mehr Menschen könnten sich nicht einmal mehr die Grundnahrungsmittel leisten, es gebe kaum noch Wasser und Strom, wenige Jobs, und wer noch Arbeit findet, könne davon nicht leben“.

Die kleine, in Aleppo verbliebene Schar von Christen ist bunt zusammengesetzt. Es gibt römisch-katholische, syrisch-katholische, chaldäische, armenisch-katholische, maronitische und melkitische Christen; weiters syrisch-orthodoxe, armenisch-apostolische und griechisch-orthodoxe Gläubige, dazu einige Evangelische. In Summe leben aber wohl nur mehr höchstens 25.000 Christen in Aleppo, schätzt Pater Dani. Vor dem Krieg könnten es 300.000 gewesen sein, ein Sechstel der Gesamtbevölkerung. Für ihn selbst, sagt Dani komme ein Fortgehen nicht infrage. In Aleppo selbst lebten die Christen gut und in Frieden mit den Muslimen zusammen, auf dem Land sei aber der islamische Fundamentalismus im Vormarsch.

Die zweite Meldung ist ganz anderer Art und hat spezifisch mit den christlichen Kirchen im Nahen Osten zu tun: „Ein neues ökumenisch erarbeitetes Dokument ruft zu einer umfassenden Erneuerung des kirchlichen und politischen Lebens im Nahen Osten auf. Die Christen im Nahen Osten seien mit enormen Notlagen und Provokationen konfrontiert, heißt es in dem Dokument. Zugleich wird von Stereotypen berichtet, die die vorherrschende Darstellung in den westlichen Medien über die christlichen Gemeinschaften des Nahen Ostens prägen und verschleiern. Es sei falsch, stets von bedrängten Minderheiten zu sprechen, die des externen Schutzes bedürfen, sei es in finanzieller oder geopolitischer Hinsicht.“

Es fällt schwer, dieses diplomatisch und politisch vorsichtig abgefasste Papier der Theologen, un-



Christinnen in Syrien: Die meisten Mitglieder der Minderheit sind in die von der Regierung gehaltenen Gebiete geflüchtet. [Imago]

ter denen die mit Rom unierten Konfessionen in der Minderheit waren, in Übereinstimmung zu bringen mit den Erfahrungen, die von katholischen Hilfsorganisationen in Syrien, im Irak und dem Libanon gemacht werden. Sie erleben die Christen sehr wohl als bedrängte Minderheit. Die größte und wichtigste dieser Organisatio-

DÉJÀ-VU



VON HANS WINKLER

nen ist „Kirche in Not“ oder ACN („Aid to the Church in Need“), eine päpstliche Stiftung mit Sitz in Königswinter bei Frankfurt, die vom Österreicher Thomas Heine-Geldern geleitet wird.

Viele Christen in Syrien erleben die jetzige Situation schlimmer als die vielen Jahre des Krieges. 90 Prozent der syrischen Bevölkerung leben heute unterhalb der Armutsgrenze. Steigende Kosten für Miete, Medikamente und Lebensmittel haben dazu geführt, dass viele nicht mehr ihre Grundkosten decken können. Arme

christliche Familien wenden sich oft an die Kirche, die Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen, Mietzahlungen und Studiengebühren anbietet. ACN versucht nicht nur, die blanke Not zu lindern, sondern Menschen zu ermöglichen, dass sie wirtschaftlich auf die Beine kommen und ihre Heimat nicht verlassen müssen. Ein Beispiel ist das Christian Hope Center“, das von ACN unterstützt wird und kürzlich in Damaskus ein Programm zur Vergabe von Mikrokrediten gestartet hat: Familien erhalten Mittel, um Unternehmen zu gründen oder berufliche Projekte wieder aufzunehmen, die während des zehnjährigen Krieges in Syrien unterbrochen wurden. In der irakischen Ninive-Ebene wird mithilfe von ACN ein kirchliches Gymnasium errichtet.

Angst vor der schwarzen Liste

Zum größten Problem für die internationale Hilfe sind unterdessen die Sanktionen gegen die Regierung in Damaskus geworden. Zwar sehen sie Ausnahmen und Sonderregelungen für humanitäre Hilfe vor, „allerdings erfordert es einige Zivilcourage, sie in Anspruch zu nehmen“, sagt Heine-Geldern. „Jede Institution oder

Unternehmung, die es versucht, hat Angst, auf eine schwarze Liste zu kommen.“ ACN musste sogar Milchpulver für Syrien in Singapur kaufen, weil kein europäisches Land sich getraut hatte, es zu liefern. Das Sanktionsregime hat auch groteske Folgen: Eine Geldüberweisung von „Kirche in Not“ an die syro-malabarische Kirche im südindischen Kerala wurde von einer Bank nicht durchgeführt, weil die Bank das ahnungslos mit Syrien in Verbindung brachte.

Die Sanktionen treffen die kirchlichen Hilfswerke auch deshalb besonders, weil die meisten Christen in Syrien in die von der Regierung gehaltenen Gebiete geflüchtet sind, wo sie einigermaßen unbehelligt leben können. Bei aller gerechtfertigten Ablehnung des Regimes in Damaskus hätten sie, sagt Heine-Geldern, „nur dort eine Überlebenschance“. Die Sanktionen führen auch dazu, dass europäische indirekte oder direkte staatliche Hilfe nur nach Idlib gehen kann, das von Anti-Regierungs-Milizen gehalten wird, die von der Türkei unterstützt werden.

Das kleine, aber sehr engagierte Hilfswerk „Initiative Christlicher Orient“ aus Linz finanziert auch mithilfe der oberösterreichi-

schen Landesregierung in Aleppo eine Suppenküche. Täglich wird für bis zu tausend Menschen eine warme Mahlzeit gekocht: „Die Hilfe kommt vor allem alten Menschen, Menschen mit Beeinträchtigung, Kranken, Witwen, Waisen und großen Familien ohne Einkommen zugute“, sagt ICO-Obmann Slawomir Dadas. ICO ist sich durchaus bewusst, dass das keine nachhaltige Hilfe ist, sondern eine blanke Notmaßnahme.

Auf der Jahrestagung des ICO kürzlich in Salzburg wurde die Situation der Christen im Nahen Osten analysiert, die man nicht von jener anderer Minderheiten trennen könne. Man könne in der Zeit nach dem IS im Irak zwar nicht mehr von Christenverfolgung sprechen, die verbliebenen Christen und auch andere Minderheiten wie die Jesiden erfahren aber im täglichen Leben, dass ihnen immer mehr die Existenzgrundlage entzogen wird, sagte die Nahost-Expertin und ehemalige Kriegsberichterstatterin Petra Ramsauer. Seit 2003 sei im Irak die Zahl der Christen um 75 Prozent geschrumpft, jetzt lebten dort vielleicht noch 125.000 Christen.

Ein Irak ohne Christen?

Die Verfolgung durch die Terrormiliz IS hätten die Christen als totale Zerstörung der eigenen Identität erlebt. Viele haben ihr Glück im Westen gesucht. Die Kirchen wollen sich aber einen Irak ohne Christen nicht vorstellen. Ramsauer zitiert einen Priester: „Was der IS nicht schaffte, erledigte dann Europa durch das Angebot der Aufnahme von Christen.“ Wenn es für Zurückgebliebene eine Chance geben soll, dann nur mit Unterstützung des Westens. Ramsauer erinnert daran, dass Christen im Orient traditionell in den Bereichen Bildung und Gesundheit Bedeutung für die Gesellschaft hätten. Wenn also christliche Bildungseinrichtungen gestärkt werden, die ja zu einem Gutteil von Muslimen besucht werden, unterstütze man auch die Rolle und Präsenz der christlichen Minderheit.

DER AUTOR

Hans Winkler war langjähriger Leiter der Wiener Redaktion der „Kleinen Zeitung“.

Debatte@diepresse.com

PIZZICATO

Die Cannabis-Koalition

Wer hätte sich träumen lassen, dass sich zwischen Grünen und Liberalen eine Amour fou entwickeln würde? Mutmaßlich ohne Einwirkung stimulierender Substanzen stießen Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Claudia Roth in der sterilen Atmosphäre eines TV-Studios per Fistbump an, als die FDP-Vizechefin für die Freigabe von Cannabis plädierte. Die Bundestagsvizepräsidentin – protokollarisch die ranghöchste Grüne – war nachgerade entzückt.

In München waren sie geradezu grün und gelb vor Neid. Dass die „Mia san mia“-Partei CSU je ihre Liebe zu Jamaika entdecken würde, stand nicht in den Sternen. Markus Blume, als CSU-Generalsekretär nicht für Schmalmeintöne bekannt, geriet jüngst ins Schwärmen über eine künftige Koalition: „Jamaika ist eine Chance, Jamaika hat Charme.“ Franz Josef Strauß, der CSU-Säulenheilige, hätte gewettert: „Was haben sie dem ins Weißbier getan?“

Strauß-Schüler Markus Söder übt sich längst als Bäume-Umarmer und Bienenretter. Alles eine Frage der Perspektive für den fränkischen Machiavelli. Für CSU wie CDU ist die Jamaika-Koalition die einzige reale Machtopion, und dafür würden Söder, Blume und Co. zu Bob-Marley-Songs und Headbanging im Bierzelt auch eine Friedenspeife rauchen – selbst mit bayerischen Gottseibeius-Grünen wie Claudia Roth und Anton „Jesus“ Hofreiter. (vier)

Reaktionen an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Grundlage für politische Erfolge der SPÖ

„Lernen von Graz: Kümmerismus, nicht Kommunismus ist gefragt“, LA von Philipp Aichinger, 29. 9. Kümmerismus statt Kommunismus, das hatte schon seine Richtigkeit. Sich um die „kleinen Leute“ kümmern, das war – neben einem aktiven und glaubwürdigen Antikommunismus – die Grundlage für die politischen Erfolge der SPÖ. Das war einmal; ein Rückblick ergibt grosso modo die folgende Zeitreihe: Bis 1960 kümmerte sich die SPÖ engagiert um die „kleinen Leute“, bis 1980 kümmerte sie sich (zumindest auch) um die kleinen Parteimitglieder, ab 1980 kümmerte sie sich nur mehr um die aktiven Parteifunktionäre.

Letztere erfahren seit 2000 geteilte Aufmerksamkeit – entweder als auf Distanz zu haltende Angehörige der eigenen Klientel (wenn sie nicht der unmittelbaren „Seilschaft“ angehören) oder als „kaltzustellende“ Angehörige einer fremden Klientel.

Dr. Ernst Bobek, 1140 Wien

Sehnsucht nach dem Einfamilienhaus steigt

„Die Verbauung muss gestoppt werden“, Interview mit Gernot Wagner, v. Christine Imlinger, 2. 10. Der Klimaökonom Wagner spricht sich im Interview gegen Einfamilienhäuser aus. Tatsächlich steht das Wohnen in den eigenen vier Wänden, wie Umfragen belegen, bei den meisten Menschen hoch im Kurs. Es ist eine in Österreich weitverbreitete Wohnform und Teil unserer Kultur, was die Landespolitik (Bauordnungen fallen in die Kompetenz der Bundesländer) hierzulande zu Recht immer respektiert hat. Gernot Wagner spricht das zentrale

„Problem“ vieler Länder bei seinen Überlegungen zu Einfamilienhäusern nicht an: Platzmangel aufgrund von starkem Bevölkerungswachstum. Die Bevölkerungsdichte in Österreich ist allerdings deutlich geringer als beispielsweise in Deutschland oder in der Schweiz. Die Statistik Austria prognostiziert für Österreich langfristig Geburtendefizite, weshalb „Platzmangel“ weiterhin nicht zu erwarten ist. (Wir können unsere Bevölkerungszahl – wenn überhaupt – nur über vernünftige Zuwanderung halten.)

Wie aktuelle Erhebungen ergeben, steigt die Sehnsucht nach dem eigenen Einfamilienhaus in unserer Bevölkerung sogar. Sie wird in Österreich bei sachlicher Organisation durch die Landes- und Kommunalpolitik auch weiter befriedigt werden können. Durch die Verbreitung von Home-Office, Hauszustellungen und E-Mobilität fallen auch zentrale Argumente gegen Einfamilienhaussiedlungen weg – die Kritiker dieser Wohnform haben damit in vielen Fäl-